

# Im Gespräch

## „Den USA droht unter Trump die schlimmste aller Welten“

Der Ökonom und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz erklärt, was er sich von Kamala Harris erhofft, welchen Schaden Donald Trump anrichten könnte – und welcher US-Präsident die beste Wirtschaftspolitik gemacht hat

Von Anja Wehler-Schöck

**Herr Stiglitz, Sie haben gerade mit 22 weiteren Trägern des Wirtschaftsnobelpreises einen Brief unterschrieben, in dem Sie vor Trump warnen und Ihre Unterstützung für Kamala Harris zum Ausdruck bringen. Was hat Sie dazu bewegt?**

Eine weitere Amtszeit Trumps wäre ein Desaster, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Wir Unterzeichner des Briefs haben teils sehr unterschiedliche Ansichten dazu, wie Wirtschaftspolitik aussehen sollte. Aber wir sind alle überzeugt, dass Harris' Agenda die Wirtschaftskraft und den Wohlstand der USA steigern würde. Harris steht für eine Politik, die die Mittelschicht stärkt, den Wettbewerb fördert und das Unternehmertum unterstützt.

**Genau das verspricht doch auch Trump ...**

Trump's Wirtschaftsagenda ist kontraproduktiv. Er will selbst Waren aus befreundeten und verbündeten Staaten mit hohen Zöllen belegen. Und er plant, problematische Steuererleichterungen vorzunehmen. Diese Politik wird dazu führen, dass in den USA die Preise steigen, sich das Defizit erhöht und die Ungleichheit wächst. Den USA droht unter Trump die schlimmste aller Welten, denn die Effekte verstärken sich gegenseitig.

**Können Sie das erklären?**

Trump hat angekündigt, die Unabhängigkeit der US-Notenbank Federal Reserve anzugreifen, was zu

Zur Person



**Joseph Stiglitz**, 81, ist Wirtschaftswissenschaftler, **Nobelpreisträger** und ehemaliger Berater von US-Präsident Bill Clinton. Außerdem war er **Chefökonom der Weltbank**. Seit 2001 lehrt er an der Columbia University. 2011 wurde er vom Time Magazin zu einer der **hundert einflussreichsten Persönlichkeiten der Welt** erklärt. Kürzlich erschien sein Buch „**The Road to Freedom: Economics and the Good Society**“.

großer Unsicherheit führen wird. Die hohen Zölle gegen China, die er im Wahlkampf versprochen hat, würden die Lebenshaltungskosten für die Amerikaner erhöhen, die Inflation also wieder anheizen. Durch die zugesagten Steuersenkungen würde das Defizit steigen. Darauf und auf die von Trump verursachte Inflation würde die Notenbank sicherlich mit einer Zinserhöhung reagieren. Das wiederum würde das Wirtschaftswachstum bremsen.

Und nicht nur das: Auch der Dollar-Wechselkurs würde dadurch nach oben schnellen und Exporte aus den USA würden weniger wettbewerbsfähig. Die Vergeltungsmaßnahmen, zu denen die Staaten greifen würden, gegen die Trump Zölle verhängen will, sind da noch gar nicht eingerechnet.

**Migration ist ein Reizthema dieses Wahlkampfs. Trump will die Einwanderung in die USA drastisch einschränken. Wie würde sich das auf die Wirtschaft auswirken?**

Die radikale Begrenzung der Einwanderung würde die Erwerbsbevölkerung schrumpfen lassen. Das würde den Effekt der Bevölkerungsalterung in den USA noch zusätzlich verstärken und könnte in einigen Branchen den Mangel an Arbeitskräften verschärfen. Worin ich ebenfalls ein großes Risiko sehe, mit erheblichen langfristigen Auswirkungen, sind Trumps Angriffe auf Universitäten und Forschungsinstitutionen. Wie in seiner letzten Amtszeit würde er wieder versuchen, die Mittel für

Forschung und Entwicklung extrem zu kürzen. Das wäre für die USA fatal. Denn der Erfolg unserer Wirtschaft gründet vor allem auf der Innovation und Kompetenz, die genau diese Einrichtungen hervorgebracht haben. Am meisten Sorge ich mich jedoch um die Zukunft unserer Demokratie und unserer Institutionen.

**Welche Gefahren sehen Sie?**

Trump's Ankündigungen lassen keinen Zweifel daran, dass er versuchen wird, den öffentlichen Dienst zu zerstören, genauso wie unsere unabhängige Justiz. Ende Juli hat Trump seinen Anhängern auf einer Rallye angekündigt, dass sie künftig nicht mehr wählen müssten. Es ist unvorstellbar, dass ein Kandidat für die US-Präsidentschaft so etwas sagt. Die Medien bezeichnet Trump als den Feind des Volkes. Dabei sind sie ein integraler Teil des amerikanischen Systems demokratischer Kontrollmechanismen. Hinzu kommt, dass die Auswirkungen weit über die USA hinausreichen werden.

**Inwiefern?**

Die USA waren immer ein globales Vorbild. Nicht unbedingt eines, dem man in jeder Hinsicht nachzueifern will. Aber wir waren der stärkste Verfechter der Demokratie, auch wenn unsere eigene Demokratie erhebliche Defizite aufweist. Wir waren der stärkste Verfechter eines regelbasierten internationalen Handelssystems, auch wenn wir selbst gegen diese Regeln verstießen.

Unter Trump würde sich das alles ändern. Er glaubt nicht an Multilateralismus, er würde die globale Kooperation zerstören. Trump versteht das Wort Zusammenarbeit nicht. Es geht ihm nur um Macht. Und darum, diese Macht einseitig auszuüben. Und lassen Sie uns nicht die globalen Auswirkungen des Schocks vergessen, den die US-Wirtschaft unter Trump erleben würden.

**Was würden Sie sich von Kamala Harris als Präsidentin erwarten?**

Es fängt bereits bei der Persönlichkeit an. Kamala Harris wägt bei der Formulierung ihrer Politik und Wahlversprechen Interessenskonflikte sorgsam ab, handelt umsichtig und pragmatisch. Trump ist dagegen ein impulsiver Narzisst, der Chaos liebt, beratungsresistent ist und wissenschaftliche Expertise als überflüssig empfindet.

Ich gehe davon aus, dass sie im Wesentlichen die Politik von Joe Biden fortsetzen würde. Als zentrale Punkte sehe ich die Förderung des Wettbewerbs und des Wirtschaftswachstums, den Klimaschutz, die Senkung der Lebenshaltungskosten für alle Amerikaner, die Stärkung unserer wirtschaftlichen Resilienz und Souveränität der USA sowie den Abbau der Ungleichheit.

**Manche ihrer Gegner bezeichnen Harris als „Kommunistin“ oder „Marxistin“.**

Ja, was für ein unglaublicher Blödsinn. Es zeigt, dass diese Menschen mit den Bezeichnungen überhaupt nichts anfangen können. Sie verwenden sie als reine Kampfbegriffe, um Harris zu demontieren. Ich sehe noch nicht einmal starke Beweise dafür, dass Harris grundsätzlich progressiver als Biden wäre. In manchen Fragen wird das sicherlich so sein, in anderen wird sie zentristischer sein als er.

**In aktuellen Umfragen ist die wirtschaftliche Lage das Top-Thema, das die US-Wahlen entscheiden wird. In welchem Zustand hinterlässt Präsident Joe Biden denn die amerikanische Wirtschaft?**

Die wirtschaftliche Leistung eines Präsidenten zu bewerten, ist immer etwas heikel. Denn häufig gehen Entwicklungen auf Entscheidungen der Vorgänger zurück. Denken wir zum Beispiel an Barack Obama, in dessen Amtszeit eine schwere Rezession fiel. Grund dafür waren nicht seine eigenen Fehlentscheidungen, sondern die Tatsache, dass Regierungen vor ihm den Finanzsektor umfassend dereguliert hatten. Bei der Bekämpfung der Rezession hatte Obama dann mit einem Kongress zu kämpfen, der seine Maßnahmen verhindern wollte und ein Sparprogramm forderte. Als er der Wirtschaft schließlich besser ging, kam Trump ins Amt.

**Auch wenn es schwerfällt: Wie bewerten Sie Biden?**

Wenn ich auf die letzten Jahr-

## US-Soziologe Richard Sennett über die Wahl

„Trumps Geschäft sind Fantasmen“



Jetzt lesen – Exklusiv für Abonnenten



Angespanntes Land: Was kommt auf die USA nach diesen Präsidentschaftswahlen zu?

zehnte zurückblicke, ist Biden für mich der Präsident, der wirtschaftlich am erfolgreichsten war. Und das sage ich, obwohl ich während der Amtszeit von Bill Clinton dessen Wirtschaftsberater war. Die Inflation ist unter Biden deutlich zurückgegangen und die Arbeitslosigkeit seit seinem Amtsantritt gesunken. Die Beschäftigung entwickelt sich positiv, wir sehen einen Anstieg der Neueinstellungen und ein deutliches Lohnwachstum.

### Wenn Biden wirtschaftlich so erfolgreich war, warum wissen das die Wähler nicht zu schätzen?

Es gibt Umfragen, in denen eine Mehrheit der Befragten sagt, dass sie Trump als besser für die Wirtschaft ansehen. Es ist schwierig, diese Daten akkurat zu interpretieren. Menschen, die Trump aus identitären Gründen unterstützen, also im Zusammenhang mit rassistischen oder sexistischen Vorurteilen, würden das natürlich nie offen zugeben. Sie versuchen stattdessen, ihre Präferenz zu rationalisieren. Zum Beispiel, indem sie stattdessen angeben, dass Trump besser für die Wirtschaft sei. Die meisten Ökonomen sind sich einig, dass Trumps Politik eine Katastrophe für die Wirtschaft wäre.

### Also stimmen viele Menschen gegen ihre eigenen Interessen ab?

Das Wählergedächtnis ist kurz. Viele Amerikaner haben das Chaos der ersten Trump-Präsidentschaft bereits wieder vergessen. Seine Bilanz war nicht gerade eindrucksvoll. Das Wachstum, das es unter Trump gab, war lediglich eine Fortsetzung der Erholung, die unter Obama begonnen hatte. Hinzu kommt, dass sich viele Wähler die Vorhaben der beiden Kandidaten gar nicht genau angesehen haben.

### Eine konkrete Kritik an Biden lautet, durch hohe Staatsausgaben zur Inflation beigetragen zu haben.

Dieser Vorwurf ist nicht haltbar. Die hohe Inflation in den USA haben vor allem Angebotsausfälle und Nachfrageschocks ausgelöst, die durch die Pandemie und den Krieg in der Ukraine verursacht wurden. Nun ist sie auf ein normales Niveau gesunken, ohne dass gleichzeitig die Arbeitslosigkeit signifikant gestiegen ist. Entweder bemerken die Bürger nicht, dass ihre Löhne überproportional gestiegen sind, oder sie führen diesen Anstieg auf ihre eigenen Anstrengungen zurück und sehen in den höheren Preisen eine Schmälerung ihrer hart erarbeiteten Gewinne. Leider geben viele Biden die Schuld für die vergangene Inflation, anstatt anzuerkennen, dass er sie erfolgreich bekämpft hat.

„  
Das Wählergedächtnis ist kurz. Viele Amerikaner haben das Chaos der ersten Trump-Präsidentschaft bereits wieder vergessen.“

Joseph Stiglitz

### Bidens Inflation Reduction Act von 2022, mit dem die USA gezielt grüne Technologien fördern, hat Trump als „grünen Betrug“ bezeichnet.

Das Gesetzespaket war ein entscheidender Schritt. Mit ihm haben sich die USA endlich dem globalen Kampf gegen den Klimawandel angeschlossen. In deindustrialisierten Gegenden wie Kentucky wurden neue Fabriken und damit viele Arbeitsplätze geschaffen. Was mich gleichzeitig beunruhigt, sind die Signale, die die USA international damit senden.

### Die Handelspartner der USA rügen den Inflation Reduction Act für seine protektionistischen Elemente.

Wir hatten bislang mit der WTO ein regelbasiertes System, das versucht hat, weltweit gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Ich habe es immer für hochproblematisch gehalten. Mit diesem Handelsmodell haben wir den Entwicklungsländern nicht erlaubt, industriepolitische Maßnahmen zu ergreifen, um aufzuholen. Auf diese Weise haben wir die weltweite Ungleichheit zementiert. Jetzt haben wir eine Situation, in der die USA das Regelwerk zerrissen haben. Wir halten uns einfach nicht mehr daran. Das hat vor allem bei den Entwicklungsländern zurecht viel Ärger hervorgerufen. Damit müssen wir

uns auseinandersetzen. Wir brauchen globale Zusammenarbeit. Wir müssen geeignete Wege finden, um die Ungleichheit abzuschwächen, zum Beispiel, indem wir Entwicklungsländern Mittel für den Ausbau eigener Forschung zur Verfügung stellen.

### Der Inflation Reduction Act steht für staatliche Intervention, die bei vielen Amerikanern verpönt ist.

Ich werde oft gefragt, warum es uns nicht gelingt, gerade im Bereich der technologischen Spitzenforschung mit China zu konkurrieren. Die Lösung ist: Wir brauchen heute viel mehr staatliche Intervention als früher. Wissenschaft ist ein öffentliches Gut. Grundlagenforschung muss immer von der Regierung finanziert werden. Das würde ich noch nicht mal als staatliche Intervention bezeichnen, sondern als Voraussetzung für das Funktionieren unserer Gesellschaft.

Gleiches gilt für die Gesundheitsversorgung. Wir beobachten gerade, wie viele Hedgefonds Pflegeheime für alte Menschen erwerben. Angesichts der demographischen Entwicklung ein absoluter Wachstumsmarkt. Aber ich kann Ihnen sagen, Sie wollen nicht, dass Ihre demente Großmutter in einem Pflegeheim untergebracht ist, das von einem Hedgefonds betrieben wird. Denn die sind darauf spezialisiert, herauszufinden, wie man betrügen kann. Gerade in Bereichen, in denen die Überwachung schwieriger ist, sind daher mehr staatliche Eingriffe erforderlich.

### Sie fordern höhere öffentliche Ausgaben in den USA. Bereits jetzt ist Ihr Land im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt eines der am stärksten verschuldeten Länder der Welt. Bräuchte es eine Schuldenbremse wie in Deutschland?

Was für eine schreckliche Idee. Eine Schuldenbremse legt dem Staat Fesseln an. Aber Schulden sind natürlich nicht der einzige Weg, um dem Staat die Spielräume zu ermöglichen, die er braucht. Im Durchschnitt zahlen die vermögendsten Menschen in den USA sogar einen niedrigeren Steuersatz als die Menschen darunter.

Wir müssen die Schlupflöcher schließen. Wir besteuern Kapital nur mit der Hälfte des Steuersatzes, der auf normale Einkommen erhoben wird. Das ergibt keinen Sinn. Die Ungleichheit nimmt in den USA in einer Weise zu, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächt.

### Wie kann die Ungleichheit bekämpft werden?

Durch Gesetze zum Mindestlohn, gute Unternehmensführung und durch konsequentes Vorgehen gegen Monopolbildung. Insgesamt brauchen wir in den USA mehr Progressivität bei der Besteuerung, also steigende Steuersätze entsprechend der Einkommenshöhe. Und eine Erbschaftsteuer ist wichtig, damit keine vererbte Oligarchie entsteht.